Mittwoch, 14. Januar. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 8309. 1874.

Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 12. Jan. Officiellen Nachrichten aus Penang vom gestrigen Tage zufolge wurden der Kraton und die Moschee bombardirt. Die Moschee wurde nach verzweifelter Vertheidigung im Sturm genommen. Die Bevölkerung ist durch die Gerüchte über die Absichten, mit denen die Holländer umgehen sollen, sehr aufgeregt. Die Befestigungsarbeiten der Atchinesen sind sehr gut ausgeführt. Die Holländer hatten 17 Todte und 197 meist leicht verwundete. Trotz dieser Verluste ist der erreichte Erfolg bedeutend. Die Holländer fuhren fort, mit den Sappeurarbeiten vorzugehen und beabsichtigten die demnächstige Anlegung einer Breschebatterie. Von Bedang war eine halbe Brigade Reservetruppen nachbeordert worden. Der Gesundheitszustand der Truppen hatte sich gebessert.

Bern, 12. Jan. Wegen gestern abermals im Berner Jura vorgekommenen Unordnungen ist ein Bataillon Scharfschützen dahin entsendet worden. Detaillirte Meldungen über die fraglichen Unruhen liegen noch nicht vor.

Wien, 12. Jan. Die hiesige Handelsbank ist auf ihr Gesuch um Ertheilung der Erlaubniß zur Reduction ihres Actiencapitals im Wege des Rückkaufs ihrer eigenen Actien vom Finanzminister abschläglich beschieden worden.

Versailles, 12. Jan, Abends. National-Versammlung. Der Abgeordnete v. Kerdrel interpellirt das Ministerium über die von demselben nachgesuchte Demission, in Betreff deren er nähere Erklärungen verlangt. Der Herzog v. Broglie beantwortet die Interpellation sofort und erklärt: Da die Stärke des Ministeriums in dem Vertrauen der Nationalversammlung bestehe, so habe dasselbe in Folge der jüngst von der Versammlung kundgegebenen Meinungsdifferenz seine Demission geben müssen. Von der Rechten wird darauf eine motivirte Tagesordnung beantragt, in welcher ausgesprochen wird, daß das Ministerium nicht das Vertrauen der Nationalversammlung verloren habe. Raoul Duval beantragte eine Tagesordnung, in welcher verlangt wird, daß das Ministerium nicht einer bestimmten Partei diene. Die Tagesordnung hebt gleichzeitig hervor, daß der Marschall Mac Mahon außerhalb der parlamentarischen Agitationen stehen müsse. Der Deputirte Picard beantragt über die Interpellation Kerdrel zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Das Ministerium erklärt sich gegen die Annahme der einfachen Tagesordnung, welche darauf mit 355 gegen 316 Stimmen abgelehnt wird. In der dann folgenden Abstimmung über die von der Rechten proponirte Tagesordnung, welche ausspricht, daß das Ministerium das Vertrauen der Versammlung besitze, wird dieselbe mit 379 gegen 321 Stimmen angenommen. (In Folge dieses Beschlusses ist, wie wir in der gestrigen Abendnummer per Telegramm mittheilten, das Demissionsgesuch von dem Ministerium zurückgezogen worden.)

London, 12. Jan. Nach aus Penang unterm heutigen Tage eingegangenen Privatmeldungen wurden die Holländer bei dem Sturme auf die Moschee zwei Mal zurückgeschlagen, ehe der Sturm gelang. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten betrug 240 Mann, darunter 12 Offiziere. Die Atchinesen schlugen sich mit verzweifelter Tapferkeit.

London, 12. Jan. Die ottomanische Bank kündigt die Einlösung des morgen fälligen Coupons der türkischen Consols an.

London, 12. Jan. Nach einem der „Times" zugegangenen Telegramme aus Madrid vom gestrigen Tage hatte der Regierungsgeneral Dominguez angezeigt, die Besatzung des Schlosses Atalaya (Provinz Badajoz) habe sich ergeben und sei das Schloß von Regierungstruppen besetzt worden.

Copenhagen, 12. Jan. Dem Vernehmen von „Berl. Tid." zufolge wird der Kronprinz sich gegen Ende dieser Woche nach Petersburg begeben, um der Vermählungsfeier des Herzogs von Edinburg mit der Großfürstin Marie von Rußland beizuwohnen.

Krajugewacz, 12. Jan. Die Skuptschina hat einen Gesetzentwurf über Emittirung von Pfandbriefen angenommen. Es soll dadurch einer etwa den Grundbesitzern drohenden Krisis vorgebeugt werden. Die Emission erfolgt in London.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung 12. Januar.

An Regierungsvorlagen sind eingegangen: die Provinzialordnung für die östlichen Provinzen; ein Gesetzentwurf, betreffend eine Anleihe von 50,6000,000 Thlr. zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes; ein Gesetzentwurf, betreffend die Anlage von Eisenbahnen; ein Gesetzentwurf über die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger; ein Gesetzentwurf, betreffend die evangelische Kirchengemeinde und Synodalordnung vom 10. September 1873; endlich ist ein Antrag des Abg. Hagen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Heranziehung der Forensen, juristischen Personen, Actien- und ähnlichen Gesellschaften zu den Communalabgaben. Vom Justizminister ist ein Schreiben eingegangen, demzufolge das Kreisgericht zu Thorn dem Beschluß des Hauses gemäß angewiesen ist, das gegen die Abgeordneten von Jazdzewski und von Czarlinski anhängige Strafverfahren für diese Sitzungsperiode aufzugeben.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Betheiligung des Staats an einer Berlin durchschneidenden Eisenbahn nach Charlottenburg. Nach § 1 soll sich der Staat an diesem Unternehmen mit einem Actien-Capital von sieben Millionen Thlr. betheiligen, welche bis zur Höhe von 3 Millionen aus den der Staatsregierung für den Bau der Bahn von Berlin nach Wetzlar zur Verfügung gestellten Geldmitteln entnommen, und mit 4 Mill. durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufgebracht werden sollen. — Abg. v. Kirchmann bezweifelt die Rentabilitätsberechnung der Regierung, die ihm von der die Bahn bauenden Gesellschaft aufgestellt zu sein scheint. Der Voranschlag scheine ihm in Betracht der gesteigerten Grundstückspreise um mehrere Millionen zu gering. Die Rente, die man nach den Anschlägen der Pferdebahn berechnet habe, würde in keinem Falle die vorausgesetzte Höhe erreichen. Solche Gesellschaften wählten stets die frequentesten Straßen, was man von der projectirten Stadtbahn nicht behaupten könne. Auch könne er die Nützlichkeit der Bahn namentlich für die arbeitende Klasse nicht anerkennen, und erkläre er sich deshalb gegen das ganze Project. — Abg. v. Benda hält es für bedenklich, heute schon auf die Specialitäten des Gesetzes näher einzugehen. Für die Bahnanlage sei ihm das Interesse der Stadt Berlin erst in zweiter Linie maßgebend, und was die Hebung der Wohnungsnoth durch eine solche Bahn betreffe, so könne er solche Hoffnungen an dieselbe nicht knüpfen. Es sei nur die Frage entscheidend, ob diese Bahn im allgemeinen Staatsinteresse liege, und diese Frage müsse er entschieden bejahen. Seine Bedenken richteten sich nur gegen die Form der Vorlage, die Art und Weise, wie der Staat sich hier bei einer Gründung betheilige und es werde deshalb Sache einer Commission sein, eine rechte Untersuchung darüber anzustellen ob es zweckmäßig sei, daß der Staat an dem Eisenbahnunternehmen sich in der vorgeschlagenen Weise betheilige. Redner beantragt die Ueberweisung an eine Commission von 21 Mitgliedern. — Handelsminister Dr. Achenbach: Die Regierung hat sich zu dieser Vorlage weder durch eine nothleidende Gesellschaft, der man zu Hilfe kommen müsse, noch durch eine Illusion bestimmen lassen, sondern es handelte sich nur darum, die großen Eisenbahnnetze des Ostens und des Westens in eine directe Verbindung zu setzen. Diese Aufgabe war eine solche, der sich keine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, entziehen kann. Daß es sich nur um ein nützliches Unternehmen handelt, ist auch von sämmtlichen Eisenbahndirectionen anerkannt worden. Was die Rentabilität der Bahn betrifft, so ist es eine schwere Aufgabe, dieselbe genau zu berechnen. Jedenfalls war für die Staatsregierung lediglich das fiskalische Interesse maßgebend, andererseits dürfte aber die Bahn selbst auch für den Privatverkehr von großen Vortheilen sein. Berlin hat sich durch die Entwickelung seiner Industrie zu einer Großstadt aufgeschwungen und die Regierung halte dafür, daß es sowohl im allgemeinen, als in dem speziellen Interesse der Stadt liegt, wenn sie dazu beiträgt, die Verkehrsverhältnisse günstiger zu gestalten. Ein besonderes Gewicht ist allerdings auf die Wohnungsfrage gelegt worden, deren Lösung durch die beabsichtigte Stadtbahn immerhin näher getreten wird. Die Stadtbahn ist ein Project, durch welches eine Verbindung mit der Ringbahn hergestellt wird; wenn aber gleichzeitig die Bahn durch Charlottenburg geführt wird, so ist dies gewissermaßen ein Kaufpreis für das Zustandekommen des Unternehmens.

Abg. Hoppe: Die Stadtbahn ist für die Verbindung des Ostens mit dem Westen nicht ein dringendes Bedürfniß, weil wir ja die Verbindungsbahn haben. Wenn nun wirklich das Bedürfniß vorhanden ist, soll dann der Staat bauen? Statt die Frage einfach zu beantworten, will der Staat sich auf eine Actiengesellschaft einlassen, bei welcher der fiskalische Einfluß nur gering ist. Der Staat wird nicht nur Actionär, sondern auch Vermiether von allen möglichen Räumen. Man käme also dahin, daß der Staat Industrie betreibe. Wenn der Staat überhaupt Geld für solche Zwecke ausgiebt, so gäbe es doch andere Unternehmungen, die zu unterstützen wären. Ich halte den Plan für durchaus verwerflich und wünsche, daß die Commission von 21 Mitgliedern möglichst gründlich zu Werke gehe, denn sie hat zugleich eine Kritik über die Eisenbahnpolitik, über die Art, wie Berlin verwaltet wird, und über die Gesellschaft, welche auf den Staat speculirt, zu üben. Ich kann der Commission nur die Verwerfung der Vorlage empfehlen. — Abg. Löwe: Ich halte das Unternehmen für ein den Bedürfnissen des großen Verkehrs des Staates sowohl wie den städtischen Bedürfnissen Berlins entsprechendes. Dasselbe ist nicht zu verwerfen, aber wie kommt es, daß die Regierung bei Bewilligung der großen Eisenbahn-Anleihen der Aufforderung nicht entsprochen hat, einen Plan vorzulegen, durch den wir aus dieser schrecklichen, systemlosen Zeit herauskommen? Was das Verhältniß der Stadtbahn zur Verbindungsbahn betrifft, so wird letztere dadurch keineswegs eine Concurrentin bekommen, sondern grade erst zu ihrem wahren Werthe gelangen; nur hege ich das Bedenken, daß der Straßenverkehr dadurch in gefährlicher Weise überlastet werden wird. Es ist die genaueste Untersuchung nöthig, ob die Linie auch diejenige ist, welche den Zwecken am besten entspricht. — Handelsminister: Für den ferneren Staats-Eisenbahnbau liegt dem Hause ein Entwurf vor, wonach 94 Meilen neuer Staatsbahnen mit einem Kostenaufwande von 50 Millionen gebaut werden sollen. — Abgeordneter Lasker: Es wäre rathsam, diese Vorlage gemeinschaftlich mit den beiden andern zu behandeln. Nach directen Nachrichten hat man wirklich einer nahe am Verfall stehenden Gesellschaft zu Hilfe kommen wollen, unter den Grundstücken befindet sich das Schicklersche, welches für eine halbe Million gekauft, von der Gesellschaft aber für 2 Millionen gekauft werden sollte. In der Vorlage vermisse ich die Bestimmung, in welcher Weise unsere Mitwirkung bei Veräußerungen gesichert werden soll. Der Passus, nach welchem 5000 Thlr. Actien an bestimmte Personen weiter zu begeben sind, welche die Gesellschaft nicht nehmen könne, geht ganz klar dahin, daß Vertreter anderer Gesellschaften durch Erwerbung von Actien als Mitglieder des Verwaltungsrathes eintreten. Solche Manipulationen sind mir grade in der Zeit, wo wir über die Verbesserung des Actiengesetzes verhandeln, äußerst bedenklich. Eine fernere Frage ist, wer der Herr der Bauten sein wird, ob die zukünftige Generalversammlung oder der Staat. — Finanzminister: Die glänzendsten Bahnbauten, die im preußischen Staate je unternommen worden, sind grade auf diesem Wege zu Stande gekommen. Im Jahre 1842 ist ein System in Aussicht genommen worden, welches bei der Köln-Mindener und bei der Oberschlesischen Eisenbahn in Anwendung gekommen ist. Damals betheiligte der Staat sich mit 1/7 des Gesammtbetrages an dem Unternehmen und übernahm außerdem eine Garantie für die Unternehmung, gewann andererseits aber auch Vortheile daraus, welche für ihn in finanzieller Beziegung von außerordentlicher Bedeutung geworden sind. Das Schickler'sche Grundstück gehört gar nicht zu denjenigen, welche angekauft sind. Vielleicht würde ein sehr streng rechnender Finanzmann es vorziehen, die Gesellschaft erst zu Grunde gehen zu lassen, um dann die Grundstücke zu einem Spottpreise zu kaufen. Ob diese Handlungsweise des Staates würdig wäre, überlasse ich Ihrem Urtheil. Die Regierung hat untersuchen lassen, in wie weit die gestellten Preise anzuerkennen seien und ob Aussicht auf billigere Preise vorhanden sei. Diese Gutachten sind dahin ausgefallen, daß die berechneten Preise durchaus dem wirklichen Werthe entsprächen. Nur durch Eingreifen der Regierung wird die Lage der Gesellschaft, die den ersten Gedanken für dieses Unternehmen gehabt hatte, gebessert, dies ist durchaus nichts Verwerfliches. Sie würde aber nun und nimmer sich auf den Kauf eingelassen haben, ohne die lebhafte Ueberzeugung, daß sie den geeigneten Zeitpunkt wahrnahm, um ein wünschenswerthes Unternehmen zu fördern. — Abg. Miquel: Wenn es sowohl im Staatsinteresse als im allgemeinen Verkehrsinteresse liegt, eine solche Bahn zu bauen, muß das Project auch ausgeführt werden. Ob dadurch eine gefährdete Privatgesellschaft gerettet wird oder nicht, darauf kommt es gar nicht an. Läßt aber der Staat die jetzige Gelegenheit fahren, so könne später diese Unternehmung das Zehnfache kosten. Ich würde der Commission als einfachsten Ausweg die Bildung einer Commandit-Gesellschaft vorschlagen, so daß der Staat Geschäftsinhaber und Leiter ist und die Gesellschaften sich an dem Unternehmen betheiligen. — Der Antrag Benda wird hierauf angenommen.

Den Entwurf eines Fischereigesetzes empfiehlt v. Schorlemer-Alst im Plenum zu berathen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Gesetz betr. das Vormundschaftswesen. — Justizminister Dr. Leonhardt: Es ist seit langen Jahren in den landrechtlichen Provinzen das Bedürfniß nach einer einheitlichen Reform des Vormundschaftswesens hervorgetreten. Der vorliegende Entwurf enthält besonders dem Landrecht gegenüber tief eingreifende Rechtsänderungen. Dem Vormunde ist eine weit freiere, selbstständigere und darum auch verantwortlichere Stellung zugewiesen, als im Landrecht. Durch den Entwurf geht der Grundsatz, daß der Vormund die Verwaltung habe, das Gericht die Aufsicht, als Consequenz dieses Grundsatzes ergab sich die Beseitigung des vormundschaftlichen Generaldepositums. Die Gerichte haben in der Mehrzahl sich in diesem Sinne ausgesprochen. Wir haben es für ganz nothwendig gehalten, daß das Vormundschaftswesen verwiesen werde an Einzelnrichter, wie es bereits in den Provinzen des rheinischen und gemeinen Rechts der Fall ist. Für solche Ueberweisungen bilden aber erhebliche Veränderungen des städtischen Rechts die Voraussetzung. Nach dieser Richtung hin hat der Entwurf der Reichsgesetzgebung die Bahn geebnet. Die Justiz-Verwaltung war darauf angewiesen, ohne jeden Zeitverlust eine Geschäftsentlastung der Gerichte herbeizuführen. Die ganze staatliche Entwickelung führt fort und fort den Gerichten neue Functionen zu. Um so mehr ist es nöthig, daß auch für Geschäftsvereinfachung und für Vermeidung jeder Verschwendung der Kräfte gesorgt wird. In dieser Richtung leistet der Entwurf Großes. — Abg. Kirchmann zollt dem Entwurf entschiedenen Beifall. Nur wenige Punkte bedürften der Verbesserung. Dahin gehöre die allzufreie Stellung des Vormunds in der Vermögensverwaltung und das Wegfallen des Erziehungsberichts. Doch sei das Gesetz so vorzüglich durchgearbeitet, daß eine Commissionsberathung überflüssig sein würde. — Abg. Philippi findet in dem Entwurfe große Mängel und würde es lieber sehen, daß man noch ein Jahr warte, als daß ein schlechtes Gesetz zu Stande käme. Er beantragt Verweisung in die um 7 Mitglieder verstärkte Justizcommission. — Abg. Zelle hält eine Commissionsberathung wohl für zweckmäßig, doch empfehle sich dazu eine besondere Commission und zwar lediglich in Rücksicht auf die sociale Bedeutung des Entwurfs. Ueber die Hälfte der prostituirten Frauenzimmer und der jugendlichen Verbrecher seien Personen, deren Erziehung durch die liederliche Aufsicht des Vormunds vernachlässigt worden sei. Hier müsse vor Allem das neue Gesetz Abhilfe schaffen. — Abg. Kanngießer: Der materielle Werth der Vorlage müsse von allen Seiten anerkannt werden; einzelne kleine Schwächen würden leicht in einer commissarischen Berathung verbessert werden. Auch er empfehle aber eine besondere Commission. So beschließt auch das Haus. — Nächste Sitzung Dienstag.

Deutschland.

△ **Berlin**, 12. Jan. Die Zahl der angekündigten Gesetzentwürfe war durch die Vorlage über die Eisenbahn-Anleihe zur Erweiterung des Staatsbahnnetzes und den Entwurf über die evangelische Kirchengemeinde- und die Synodal-Ordnung erweitert worden. Die für Eisenbahnzwecke verlangte Summe von 50,600,000 Thlr. vertheilt sich auf sechs Linien und zwar: 1) Insterburg-Darkehmen-Goldap-Oletzko nach Prostken zum Anschluß an die russische Bahn Bialystock-Grajewo 7,650,000 Thlr.; 2) Jablonowo-Graudenz nach Laskowitz 5,600,000 Thlr.; 3) von der Station Rokietnica der Stargardt-Posener Bahn über Schneidemühl nach Belgard mit Abzweigung über Rummelsburg und von hier einerseits über Schlawe nach Rügenwalde und Rügenwaldermünde, andererseits über Stolp nach Stolpmünde 18,500,000 Thlr.; 4) von Dittersbach über Neurode nach Glatz (schlesische Gebirgsbahn) 8,000,000 Thlr.; 5) von Kassel über Helsa nach Weldrappel zum Anschluß an die Bahn Berlin-Wetzlar 4,500,000 Thlr.; 6) von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrode nebst Zechenzweigbahnen 6,500,000 Thlr. — Die Motive betonen, daß die Vorlage davon ausgegangen, gegenüber den in früheren Sessionen ausgesprochenen Wünschen der Landes-Vertretung die für die östlichen Provinzen nothwendigsten Bahnen herzustellen. Man habe aber nicht nur das rein provinzielle Interesse in das Auge gefaßt, sondern gewollt, daß die neuen Bahnen sich zu Theilen des großen Verkehrsnetzes gestalten sollten. Dahin ziele die Fortführung der Schienenverbindung bis an die russische Grenze, wodurch zugleich für die Bahn Memel-Insterburg ein Hinterland geschaffen werde. Die Bahn von Posen nach Belgard schließe die Provinz Posen auf und sei dazu bestimmt, ein Hinterland für die drei pommerschen Häfen Colberg, Stolpmünde und Rügenwaldermünde zu schaffen und der Klage entgegenzutreten, daß durch die Küstenbahn der Verkehr im Innern geschädigt werde. Bei der Bahn von Jablonowo nach Laskowitz wird der Bau einer festen Brücke über die Weichsel ausgeführt und damit den langjährigen Beschwerden der Stadt Graudenz abgeholfen werden. — Das Gesetz über die evangelische Kirchengemeinde und die Synodalordnung verfolgt lediglich den Zweck, die Punkte der letztern klar zu stellen, welche die Mitwirkung des Staates erheischen. Die Angelegenheiten der Provinzialsynoden bleiben durch den Entwurf unberührt. — Der Bundesrath hielt heute eine Plenarsitzung in welcher der Bericht des Präsidenten des Reichsoberhandelsgerichts über die Geschäftsthätigkeit des letzteren vom 1. Dezbr. 1872 bis dahin 1873 vorgelegt, die Ausschußanträge über Ausführung des Münzgesetzes und die zu bildende Commission für die 1876 zu Philadelphia statthabende internationale Ausstellung angenommen wurden. — Es ist noch nicht definitiv festgestellt, ob in der That im 6. Berliner Wahlbezirk eine Stichwahl zwischen Schulze-Delitzsch und dem socialdemokratischen Candidaten Hasenclever nöthig werden wird, doch bezeichnet man es als sehr wahrscheinlich. Uebrigens zersplittern sich auch die Stimmen der Arbeiter, welche Schulze-Delitzsch die Wahl streitig machen; ein großer Theil stimmte für Johann Jacoby und den Redacteur Krämer. Auffälliger ist die Zahl von Stimmen für die socialdemokratischen Candidaten in den Dörfern vor den Thoren Berlins. Die Führer von Wagen mit Eis und Steinen hatten bei ihrer Rückkehr massenhaft Stimmzettel vertheilt, die man ihnen in Berlin mit dem Bemerken eingehändigt hatte, die Leute, welche auf den Zetteln stehen, würden — die Armuth aus der Welt schaffen, die sollte man wählen. Wahlsiege dürften schwerlich dadurch erzielt sein.

* Fernere Wahlresultate: Allenstein-Rössel: Domherr Borowski, Centrum. Braunsberg-Heilsberg: Erzpriester Pohlmann, Centrum. Posen: Dr. v. Niegolewski (Pole), hat mit einer Majorität von 3000 Stimmen über den Justizrath Tschuschke gesiegt. Soran: der Compromiß-Candidat der Liberalen und Conservativen, v. Puttkammer, siegte mit bedeutender Majorität gegen Polke (Socialpolitiker), und Kapell (Socialdemokrat). Halberstadt: v. Bernuth, lib. Reichspartei. Erfurt: Dr. Lucius, freiconservativ. Heiligenstadt: Kreisgerichts-Rath Strecker, Centrum. Bochum: Dr. Löwe-Calbe (Fortschr.) mit 15,000 gegen 10,000 Stimmen. Bielefeld: Engere Wahl zwischen Kisker (Candidat der vereinigten Liberalen) und Landrath a. D. v. Schrötter (der Leibprotestant der „Germania", Candidat der vereinigten Ultramontanen und Altconservativen). Coblenz: v. Savigny, Centrum. Gladbach: Legationsrath v. Kehler, Centrum. Trier: wahrscheinlich Majunke. Dessau: Appellations-Gerichtsrath v. Cuny, nat.-liberal. Diez (Nassau): Gutsbes. Knapp (Fortschritt). Osnabrück: engere Wahl zwischen Struckmann (nat.-lib.) und von Mallinckrodt (Centrum). Melle (Hann.): Struckmann (nat.-lib.). — Bayern: Hof: Dr. Schauß, Candidat der Liberalen, wiedergewählt gegen den Socialdemokraten, Tischlergesellen York. Bamberg: Dr. Schüttinger, Centrum, wiedergewählt. Landau: Jordan, Fortschr. Germersheim: Späth, Fortschr. Kitzingen: Roth, nat.-liberal. Kissingen: Habermann, Centrum. Würzburg: Zuchein, Centrum. — Aus Württemberg sind bis jetzt die Wahlen von 9 Nationalliberalen, 2 Ultramontanen und 3 Freiconservativen sicher. — Im Leipziger Landkreis findet eine engere Wahl zwischen Dr. Birnbaum und Joh. Jacoby statt.

— Den Herrenhausmitgliedern ist von ihrem Präsidenten angezeigt worden, daß aus Mangel an ausreichendem Material erst gegen das Ende des Monats Plenarberathungen werden stattfinden können, daß aber die Anwesenheit der Mitglieder während des ganzen Monats Februar sehr wünschenswerth sein werde.

— Der Geh. Regierungsrath Scabell wird dem Vernehmen nach demnächst aus seiner Stellung ausscheiden. — Der Regierungsrath Boetticher zu Trier ist zum Dirigenten der dritten Abtheilung des hiesigen Polizei-Präsidiums (Baupolizei) berufen worden.

— David Friedrich Strauß, der Verfasser des berühmten Buches: „Das Leben Jesu" hat auf seinem Schmerzenslager ein eigenhändiges Schreiben der Kronprinzessin Victoria erhalten, die sich nach seinem Befinden erkundigte. Es war dies etwa vor vier Wochen, und Strauß konnte diesen Brief noch erwiedern. Gegenwärtig vermag er das Krankenlager nicht mehr zu verlassen, und

seine Kräfte sind rettungslos im Schwinden begriffen.

— Aus dem 15. württembergischen Wahlkreis (Blaubeuern-Ehingen) bringt der „Schwäb. Merkur" folgendes Telegramm: Hier unerhörter Wahlkampf. Ein katholischer Geistlicher schoß in einer Wähler-Versammlung mit einem Revolver. Dessenungeachtet Schmids (des national-gesinnten Candidaten) Wahl wohl sicher.

Dresden, 11. Jan. Hier erhielt Reichsgerichtsrath Dr. Goldschmidt in Leipzig, der Candidat der Nationalliberalen, 3362 St., Johann Jacoby 3564 Stimmen, Dr. Minckwitz in Dresden, aufgestellt von der durchaus particularistischen sächsischen sogenannten Fortschrittspartei (königl. sächs. Hofdemokraten), mit denen die conservative und partikularistische Partei zusammenging, 4403 Stimmen. Wenn man erwägt, daß die nationalliberale Partei bisher noch nie in Dresden einzeln aufgetreten war, ist das Resultat ein überaus erfreuliches zu nennen. Es ist als gewiß anzunehmen, daß Dr. Goldschmidt statt Jacoby zu einer aussichtsvolleren engeren Wahl gekommen sein würde, wären nicht Mittel der Verdächtigung gegen ihn in ausgiebigster Weise angewendet worden.

Metz, 12. Jan. Von den Mitgliedern des gestern hier zusammengetretenen lothringischen Bezirkstages haben 18 den vorgeschriebenen Eid geleistet. Der Bezirkstag, bei dem Vautrain als Alterspräsident fungirte, war demnach beschlußfähig und hat seine erste Sitzung auf heute anberaumt.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 9. Jan. Die Statthalterei verhängte den Sequester über die Waldungen der Strousberg'schen Herrschaft Zbirow.

Spanien.

Madrid, 11. Jan. Die amtliche „Gaceta" veröffentlicht ein Decret der Regierung, durch welches die Auflösung aller politischen Vereine und Gesellschaften angeordnet wird, die gegen die öffentliche Sicherheit und die geheiligten Interessen des Vaterlandes, sowie gegen die Integrität des Landes und die neu eingesetzte, über der Provinzial-Deputation von Madrid stehende Gewalt wörtliche oder thätliche Angriffe richten.

— Eine Reihe von Telegrammen aus Spanien berichtet theils über die Fortschritte der carlistischen Belagerung von Bilbao, theils über den blutigen Aufstand in Barcelona. Was die Carlisten anbelangt, so haben dieselben sich in Besitz von Portugalete (bei Bilbao) gesetzt, beschießen die Stadt aus schweren Geschützen und bereiten auch die Belagerung von Tolosa vor. General Moriones scheint dem Zusammenstoß abermals durch den Rückzug auf das Meer ausgewichen zu sein, hat aber noch Zeit gefunden, an General Pavia nach Madrid ein Telegramm zu richten, worin er erklärt, daß seine Armee dem Vaterlande gehöre und daß die neue Regierung auf sie rechnen könne. Die Berichte über die blutigen Vorgänge in Barcelona lauten sehr betrübend, dennoch dürfte die Regierung wohl mittlerweile Herr des Aufstandes geworden sein.

Danzig, 14. Januar.

* Eingegangene Nachrichten zufolge sind auf der Ostbahn gestern jenseits Schneidemühl zwei Güterzüge zusammengestoßen und haben die Bahn gesperrt. In Folge dessen ist der Nacht-Courierzug von Berlin 6 Stunden später hier angekommen, der Personenzug, der um 3 Uhr 26 Min. eintreffen sollte, so wie der um 7 Uhr Abends erwartete Tagescourierzug sind beide ausgeblieben. Man hofft, daß der um 10 Uhr fahrplanmäßig ankommende Tagespersonenzug jene beiden mit herbringen werde. Da der Unfall jenseits Schneidemühl passirte, ist selbstverständlich auch der Weg über Bromberg diesmal nicht benutzbar.

* Gestern früh kurz nach 8 Uhr entstand auf dem Grundstück Schladahl No. 781 Feuer; es brannte dortselbst das in leichter Bauart, nur aus doppelten Holzwänden bestehende Wohnhaus, die Flammen hatten bei dem heftigen Winde bereits vor Ankunft der Feuerwehr den hintern Theil des Hauses, sowie die angebauten Schuppen ꝛc. total zerstört, aber dennoch gelang es nach dreistündiger mühevoller Arbeit das Feuer zu dämpfen und den vordern Theil des Gebäudes zu erhalten.

Königsberg, 13. Jan. Das Ostpreußische Tribunal hat auf Grund der Cabinetsordre vom 13. Juli 1839, unter Vorbehalt des Widerrufs, dem Justizrath Klimowicz die Uebernahme des Amts als Stadtverordneter in der Voraussetzung genehmigt, daß die Ausübung dieses Amtes mit seinen Pflichten als Rechtsanwalt und Notar nicht in Collision komme. — Die Criminal-Deputation des K. Stadtgerichts hat gegen den Schutzmann P., der bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers einem Factor, welcher sich aus der Chaine hervordrängte, ein paar Ohrfeigen applicirte, wegen Mißhandlung in Ausübung seines Berufes (§ 340 des Reichsstrafgesetzes) unter Annahme mildernder Umstände auf 5 Thlr. Geld event. 3 Tage Gefängnißstrafe erkannt.

Vermischtes.

Paris, 7. Januar. [Ein eigenthümlicher Prozeß.] Der Advocat D. in Castres bemerkt, daß die an gewissen Tagen ausgegebenen Wahlfahrtsbillets via Toulouse nach Lourdes viel billiger sind als die gewöhnlichen Billets nach Toulouse, und so steigt er, um seine Geschäfte in Toulouse zu besorgen, in den nächsten Pilgerzug. Gegen Mitternacht trifft dieser in Toulouse ein, und der Advocat steigt aus, um in die Stadt zu eilen. Allein an der Bahnhofspforte wird ihm der Ausgang verweigert: „Mitgefangen, mitgehangen! wer ein Pilgerbillet hat, muß nach Lourdes." Vergebens beruft er sich auf sein unveräußerliches Recht, krank oder müde zu werden und den Zug zu verlassen, — das Thor bleibt geschlossen, und so muß D. den Rest der Nacht auf einer Bank des Perrons zubringen. Er hat wegen gewaltsamer Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit auf 10,000 Fr. Entschädigung gegen die Eisenbahngesellschaft geklagt, ist aber abgewiesen worden.

London, 8. Januar. Vor dem Zuchtpolizeigericht in Marlboroughstreet London stand heute Charles Sluddert Maunsell, ein Capitain des 82. Infanterie-Regiments auf Halbsold, unter der Anklage, den Herzog von Cambridge, Commandeur en chef der britischen Armee, in Pall-mall thätlich insultirt zu haben. Der Herzog, der als Ankläger erschien, gab zu Protokoll, daß, während er auf seinem Wege nach dem Kriegsministerium die Pall-mall passirte, der Angeklagte auf ihn zukam und ihn mit den Worten: „Se. königliche Hoheit haben mir schweres Unrecht gethan" anredete. Er wäre im Begriff gewesen, ihm zu sagen, wie er stets Personen, die ihn anreden und die er nicht kenne, zu sagen pflegte, er möge sich schriftlich an ihn wenden, wenn er ihm etwas mitzutheilen hätte, als der Angeklagte ihm mit seiner Faust zwei starke Schläge auf die Brust versetzte. Ehe er die Aufmerksamkeit der Polizei auf den Vorfall lenken konnte, schlug er ihn ein drittes Mal. Ein Polizeiconstabler und Oberstlieutenant Armstrong vom bengalischen Generalstabe bestätigten die Aussagen des Herzogs. Letzterer hörte den Angeklagten sagen: „Ich habe gethan, was ich wollte. Ich bin der übelst-behandelte Mensch in der Welt." Nach Vernehmung einiger anderer Zeugen wurde der Prozeß behufs Beobachtung des Angeklagten, welcher an Geisteszerrüttung zu leiden scheint, vertagt.

Viehmarkt.

⁎ Berlin, 12. Januar. Auf heutigem Viehmarkte waren an Schlachtvieh zum Verkauf angetrieben: 2308 Stück Hornvieh, 8538 Schweine, 4900 Schafe, 1358 Kälber. Die Zutrifft war bedeutend stärker als in voriger Woche, dennoch wirkte sie nicht eigentlich drückend auf den Entwickelungsgang des Geschäftes ein; gute Waare war in allen Viehgattungen gesucht. Hornvieh war in vorzüglicher Qualität sehr zum Export gesucht und konnte, da verhältnißmäßig hiervon nur wenig am Markte den vollen vorwöchentlichen Preis behaupten. Primawaare wurde mit 22 Rℓ und darüber ℘r 100 ℔. Fleischgewicht bezahlt. Mittlere und geringere Qualitäten gaben im Preise nach, erstere erzielte 16—17 Rℓ, letztere 14—15 Rℓ ℘r 100 ℔. Fleischgewicht. — Schweine bewegten sich nur in gedrückter Haltung und ließen trotz herabgesetzter Preise einen unverkäuflichen Ueberstand. Beste fette Kernwaare setzte nur 18½ Rℓ ℘r 100 ℔. Fleischgewicht durch. — Hammel wurden zum Export ziemlich lebhaft gekauft und wurden fette schwere Thiere mit 8½ Rℓ ℘r 45 ℔. Fleischgewicht bezahlt. Geringere Sorten blieben zurück. — Kälber gingen nicht über gute Mittelpreise hinaus.

Thorn, 12. Januar. — Wasserstand: 4½ Zoll unter 0. Wind: SW. — Wetter: klar. Nichts passirt.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Januar. Angekommen Abends 5½ Uhr.

		Crs. v. 12.			Crs. v. 12.
Weizen			Pr. Staatsschldſ.	91 7/8	91 7/8
Januar	86	85	Wstp. 3½% Pfdb.	82	82
April-Mai	87 4/8	86 6/8	do. % do.	91 4/8	92
do. gelb	86 4/8	85 6/8	do. 4½% do.	100 2/8	100 2/8
Rog. behaupt.			Danz. Bankverein	64	64
Januar	62 1/8	62	Lombardenſer. Cp.	97	97 2/8
April-Mai	62 6/8	62 5/8	Franzosen	200 6/8	201
Mai-Juni	62 4/8	62 3/8	Rumänier	36 6/8	36
Petroleum			Neue franz. 5% A.	93	92 5/8
Januar			Oester. Creditanſt.	143	142 4/8
℘r 200 ℔.	9 3/24	9 2/24	Türken (5%)	42	42 4/8
Rüböl Ap.-Mai	20 1/8	19 11/12	Oeſt. Silberrente	65 6/8	65 6/8
Spiritus			Ruſſ. Banknoten	91 7/8	91 6/8
Januar	20 22	20 23	Oester. Banknoten	88 1/8	88 4/8
April-Mai	21 7	21 6	Wechſelcrs. Lond.	6.20 4/8	6.20 6/8
Pr. 4½% conſ.	105 5/8	105 5/8			

Belgier Wechsel: 79¼.

Meteorologische Depesche vom 13. Januar.

	Barom.	Term. R.	Wind.	Stärke.	Himmelsansicht.
Haparanda	323,0	+ 0,8	SW	mäßig	Reg. u. Schnee.
Helsingfors	337,2	+ 0,4	S	schwach	Schnee.
Petersburg	331,2	+ 9,5	S	stark	bedeckt, Schnee.
Stockholm	327,6	+ 1,6	SW	mäßig	wenig bewölkt.
Moskau .	331,9	+ 3,1	SW	mäßig	heiter.
Memel .	331,6	+ 2,6	W	stark	bedeckt.
Flensburg	333,3	+ 1,0	NW	lebhaft	heiter.
Königsberg	333,3	+ 0,8	SW	s. stark	bedeckt.
Danzig .	333,1	+ 1,7	S	mäßig	trübe.
Putbus .	332,0	+ 0,6	NW	stark	bedeckt.
Stettin .	334,1	+ 2,0	SW	stark	bedeckt.
Helder .	337,4	+ 4,8	WNW	mäßig	—
Berlin . .	333,3	+ 2,2	SW	mäßig	trübe, Regen.
Brüssel .	338,1	+ 4,4	NNW	schwach	bewölkt.
Köln . . .	337,0	+ 2,8	W	mäßig	bedeckt.
Wiesbaden	334,1	+ 2,0	SW	schwach	bedeckt.
Trier . .	333,2	+ 2,1	SW	schwach	trübe, Reg.
Paris . .	—	—	—	—	—

Redaction, Druck und Verlag von A. W. Kafemann, Danzig.